

Ereignissen im Januar und Februar 1988 infolge der Luxemburg-Liebknacht-Demonstration.

Hier findet sich vielleicht schon eine Erklärung für den späteren Zusammenbruch des Regimes. Darüber hinaus würde eine große Gruppe von Menschen angesprochen, deren Handeln auf die Untrennbarkeit der Geschichte der beiden deutschen Staaten verweist, und es würde zugleich der Zusammenhang zwischen der Aufgabe der Kommission und der unmittelbaren Betroffenheit einzelner Menschen deutlich.

Soll die Arbeit der Enquete-Kommission erfolgreich sein, so müßte sie sich aus zwei essentiellen Grundvoraussetzungen entwickeln. Die erste lautet: Die Geschichte des SED-Staates ist nicht hinreichend beschreibbar, wenn sie sich vordergründig auf früheres Herrschaftswissen bezieht, sondern nur, wenn sie aus der Sicht der Betroffenen nachvollziehbar wird. Die zweite Voraussetzung: Die Arbeit der Kommission kann nicht isoliert von anderen Formen der Aufarbeitung betrieben werden. Schlußfolgerungen aus der Stasi-Akteneinsicht, wissenschaftliche Forschung, rechtsstaatliche Verfahren, die vielfältigen Formen von bürgernahen Initiativen und Foren, die Arbeit von Betroffenenverbänden und die parlamentarische Arbeit sollten aufeinander Bezug nehmen und sich ergänzen.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Ich bin mir darüber im klaren, daß schon der hier nur angedeutete Katalog möglicher Aufgaben die Kapazität einer Enquete-Kommission bei weitem übersteigt. Die Überwindung parteipolitischer und eventuell noch vorhandener Ost-West-Barrieren vorausgesetzt, sollte uns jedoch eine sinnvolle Auswahl von Themen gelingen.

Meine Damen und Herren, das Vorhaben einer umfassenden Aufklärung und Erneuerung verpflichtet uns dazu, die weißen Flecken der jüngeren deutschen Geschichte so vollständig wie möglich auszufüllen und zugleich die Flecken auf den weißen Westen der Täter sichtbar zu machen. Der Deutsche Bundestag wird seinen Beitrag dazu leisten. Wenigstens dies schulden wir den Opfern, in dem schmerzlichen Bewußtsein, daß volle Gerechtigkeit für sie immer unerreichbar bleiben wird.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit lenkt uns nicht ab von den aktuellen Aufgaben der Vollendung der deutschen Einheit, sondern schafft erst eine ihrer unabdingbaren Voraussetzungen: die Erlangung des inneren Friedens.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Präsident Dr. Rita Süßmuth: Das Wort zu einer Kurzintervention hat nach der ersten Runde der Abgeordnete Duve.

Freimut Duve (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich

beziehe mich auf die Intervention des Herrn Bundeskanzlers und auf den Zorn, den ich mir während seiner Rede anscheinend zugezogen habe.

(Zuruf von der CDU/CSU: Zu Recht!)

– Hören Sie mir doch bitte zu.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Hätten Sie zugehört, hätten Sie auch keinen Zorn gehabt!)

Es hat 1982/83 keine Wende in der Deutschlandpolitik gegeben.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Legende!)

Wir Deutschen können dankbar dafür sein, daß es diese Wende nicht gegeben hat.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Noch eine Legende!)

Wir haben großen Respekt davor gehabt, daß Sie sich in die Kontinuität der Deutschlandpolitik Willy Brandts gestellt haben. Das war für uns alle sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Fragestellung galt mein Zwischenruf, obwohl ich gesagt habe: Und Sie standen, Herr Bundeskanzler, damit in der Tradition Willy Brandts. – Wir haben großen Respekt gehabt, meine Kollegen von der Union, für den Weg, den Sie von der Ablehnung Helsinkis zu dieser Kontinuität zurückgelegt haben. Davor haben wir Respekt. Dieser Respekt bleibt auch. Aber wir haben keinen Respekt vor Versuchen, Geschichte jetzt umdeuten zu wollen. Das würde uns allen schaden.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Wolfgang Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde auf die Kurzintervention des Kollegen Duve bei passender Gelegenheit noch eingehen.

(Zuruf von der SPD: Das war ja zu erwarten!)

– Dafür führen wir ja Debatten, damit wir auf das eingehen, was der Vorredner sagt. Wenn Sie das nicht wollen, sollten Sie eigentlich parlamentarische Debatten nicht führen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich an der Stelle nur eines sagen, Herr Kollege Duve. Es gibt vielleicht schon einen Unterschied, nämlich den, daß die Union an dem Ziel der Einheit in Frieden und Freiheit in diesen 40 Jahren, auch in den 80er Jahren, festgehalten hat

(Beifall bei der CDU/CSU)

und daß dieses nicht bei allen Mitgliedern Ihrer Partei und Ihrer Fraktion in